

zum ungeborenen menschlichen Leben wie zum Töten auf Verlangen gemacht hatte. Konsequenzen konnte in dem Fall nur heißen: Rücktritt des Bundesverfassungsgerichtspräsidenten, der u. a. erklärt hatte, das Verbot der Tötung auf Verlangen sei bzw. bleibe „eine Insel der Inhumanität“ infolge kirchlichen Einflusses auf die bundesrepublikanische Rechtsordnung und die befruchtete Eizelle sei nicht mehr als ein „himbeerähnliches Gebilde“ bzw. eine „wuchernde Substanz der ersten Stunden“. Und so wurde in einem offiziösen Kommentar von KNA die Forderung nach Konsequenzen auch interpretiert (KNA, 16. 1. 86). Denn mit seinen Äußerungen habe Zeidler, so Höffner, nicht nur den Boden des Grundgesetzes verlassen, sondern grundgesetzwidrige Aussagen gemacht.

Die drei Vorgänge scheinen auf den ersten Blick wenig miteinander zu tun zu haben, außer daß es sich jeweils um *politisch* brisante Äußerungen von Bischöfen handelt. Die NATO, die Beurteilung von Rüstungsausgaben bzw. des Waffenhandels und eine heftige Reaktion auf eine ebenso kurzschlüssige wie gehässige Äußerung eines hohen Repräsentanten eines bundesdeutschen Verfassungsorgans scheinen doch recht weit auseinanderliegende Dinge zu sein, zumal sich die Vorgänge auch noch auf recht unterschiedliche Länder und unterschiedliche Situationen beziehen. Dennoch geht es in allen drei Fällen nicht nur um die Frage, ob sich Bischöfe in solch brisanten politischen Fällen nicht zurückhaltender äußern sollten, sondern präziser um das Problem, ob es mit dem bischöflichen Amt vereinbar ist, sich *so* zu äußern.

Natürlich sind auch unter diesem Aspekt die drei Vorgänge nicht einfach gleich zu beurteilen. Niemand wird widersprechen, wenn ein Bischof es nicht irgendwelchen Laiengremien überläßt, eine unqualifizierte Äußerung des höchsten Richters in der Bundesrepublik zurückzuweisen, sondern von seinem bischöflichen Amt und von seiner Sprecherfunktion als Vorsitzender der Bischofskonferenz Gebrauch macht. Im übrigen wurde

der Kardinal *in seiner Kritik* an Zeidler von vielen Seiten – von der Bundesärztekammer über bekannte juristische Fachkollegen Zeidlers bis zum Präses der Synode der EKD, *Jürgen Schmude* (SPD-MdB), von einzelnen CDU-Politikern ganz zu schweigen – nachdrücklich unterstützt. Aber die Forderung nach Amtsverzicht? Dies kann wohl doch nicht Aufgabe des bischöflichen Amtes sein; ganz abgesehen davon, daß sich Kirche auf diese Weise allzuleicht dem Verdacht aussetzt, sie wolle nicht mit pastoralen Mitteln, sondern durch politischen Druck ihren Standpunkt durchsetzen oder gar staatliche Personalpolitik machen. Freilich wäre es gut, wenn in solchen Fällen nicht nur Bischöfe mehr schwiegen, sondern katholische Verbände etwas vernehmbarer reden würden.

Nicht minder verständlich ist der Standpunkt der genannten spanischen und italienischen Bischöfe, geht es doch in beiden Fällen um politische Fragen bzw. Entscheidungen von hohem moralischem Rang. Daß Waffenexport überhaupt eine problematische Sache und der in Krisengebiete oder gar in kriegführende Länder besonders verantwortungslos ist, wer will es bestreiten? Daß jeder Weg zur Begrenzung von Rüstungsausgaben, wenn er auch nur ganz andeutungsweise Erfolg verspricht, erwogen und, wenn möglich, gegangen werden muß, wer möchte dem als Christ widersprechen? Auch spektakuläre Protestformen von Christen haben da ihren Sinn. Und daß NATO und Warschauer Pakt heute – trotz Demokratie hier und kommunistischer Diktatur dort – einander wie Gut und Böse gegenüberstehen, wer möchte das behaupten?

Aber auch moralisch höchst intrikate politische Fragen bleiben Sachfragen des weltlichen Bereichs, in denen Christen „bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen“ können (Gaudium et spes 43). Also sollten Bischöfe weder für die eine noch für die andere Seite ihre Autorität in die Waagschale werfen, wenn sie ihr Amt nicht kompromittieren wollen. Da die

Gelegenheiten zur Parteinahme sich mehren, die Tendenz dazu zunimmt und politische Parteien oder Gruppierungen das selbstverständlich jeweils zu ihren Gunsten nutzen oder zurückweisen, ist es ein Erfordernis der Klugheit, neu über die diesbezüglichen Grenzen des Amtes nachzudenken.

se

Symbol Auschwitz

Streit um ein Karmelittinnen-Kloster

In unmittelbarer Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz besteht seit Mai letzten Jahres eine achtköpfige Kommunität von Karmelittinnen. Eingerichtet wurde dies Kloster in dem ehemaligen sogenannten Theater von Auschwitz, einem Gebäude, das zeitweise als Lager für Giftgas diente.

Der Plan zur Ansiedlung einer Ordensgemeinschaft in Auschwitz ist nicht erst neueren Datums, sondern geht schon auf die Zeit zurück, in der *Karol Wojtyła* noch Erzbischof von Krakau war. Nach der Bewilligung des Projekts durch die polnischen Behörden im Sommer 1984 konnte sein Nachfolger *Macharski* den Plan realisieren. Finanziell gefördert wurde das Projekt, für das ansonsten die Erzdiözese Krakau, auf deren Gebiet Auschwitz liegt, die Verantwortung trägt, durch das Hilfswerk Kirche in Not / Ostpriesterhilfe. Da die ursprünglich vorgesehenen finanziellen Mittel nicht ausreichten, bat das Hilfswerk im Rahmen des Papstbesuches in den Benelux-Ländern vom Mai 1985 um Spenden für das Projekt.

Der Vorgang wäre kaum weiter bekannt geworden, wenn nicht in Belgien und Frankreich eine Diskussion darüber entstanden wäre, ob dieses Projekt mit dem Charakter von Auschwitz vereinbar sei oder nicht. Ein Hinweis in einer belgischen Tageszeitung vom letzten Oktober rief bei belgischen Juden zum Teil

heftige Reaktionen hervor. Man hält es dort für „unerträglich, daß sich an dem Ort schlechthin der Vernichtung des jüdischen Volkes eine andere religiöse Gemeinschaft niederläßt als die jüdische“. Der Präsident des Israelitischen Konsistoriums von Belgien, *Georges Schnek*, erklärte, daß es sich bei dem Projekt um einen unzulässigen Eingriff in einen Ort handele, der das Symbol des Holocausts bleiben müsse. Immerhin sei in Auschwitz die Mehrheit der sechs Millionen von den Nazis ermordeten Juden umgekommen.

Im Anschluß daran meldete sich eine Gruppe französischer Katholiken, darunter auch der Sekretär des französischen Komitees für die Beziehungen zum Judentum, *Bernard Dupuy*, mit einer Erklärung zu Wort, in der es heißt, man zweifele nicht daran, daß das Projekt vom Willen zur Sühne inspiriert sei. Andere Auslegungen seien jedoch auch möglich. Wie immer man die Angelegenheit auch beurteile, die Nachricht von dem Projekt wirke zunächst einmal verwirrend. Auch wenn die Barbarei der Nazis auch zahlreiche Männer, Frauen und Kinder betroffen habe, die nicht Juden gewesen sind, sei es eine Tatsache, daß das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau für die Weltöffentlichkeit das Symbol für die Entfesselung des Holocaust, für die totale Vernichtung von Juden, weil sie Juden sind, geworden sei. Tags darauf äußerte sich der Erzbischof von Lyon, Kardinal *Albert Decourtray*, ähnlich kritisch zu dem Projekt im französischen Rundfunk: Es rühre seiner Ansicht nach an der Würde des Ortes selbst, wenn man im Lager von Auschwitz einen Karmel errichte. Er seinerseits würde alles tun, daß man das jüdische Volk überall respektiere, einschließlich in Auschwitz (La Croix, 14. 12. 85).

Die Einwände der Juden und Christen in Belgien und Frankreich wird man nicht einfach von der Hand weisen können. Auschwitz ist der Ort, an dem mehrheitlich Juden umkamen, deutsche und polnische, jedoch auch Nichtjuden verschiedenster Nationalitäten, Sinti u. a. Vielleicht steht bei

dem einen oder anderen Kritiker auch unausgesprochen die Meinung im Hintergrund, die katholische Kirche sei mit dem Errichten von Klöstern zuweilen schneller als mit der Aufarbeitung der eigenen schuldhaften Verstrickung. Aber trotzdem wird man nicht um die Tatsache herumkommen, daß das, was in Auschwitz geschah, nicht nur die Nachkommen der Opfer, sondern auch die der Täter betrifft, nicht nur Juden, sondern auch Christen, und sei es nur dadurch, daß letztere nach Auschwitz wieder neu zu beten gelernt haben, weil auch in Auschwitz gebetet wurde. Wenn christliche Ordensfrauen betend die Erinnerung an die Opfer wachhalten, wenn sie gewissermaßen das Gebet der Opfer über den Tag des Grauens hinaus verlängern, wie sollte dadurch das Symbol Auschwitz angetastet werden? nt

Wunschdenken

Initiative zur Schaffung eines katholischen Hörfunks

Seit einiger Zeit geistert im bundesdeutschen Katholizismus die Idee von der Schaffung eines katholischen Hörfunks herum. Im Zeitalter neuer medialer Möglichkeiten, meinen manche Katholiken, sei es ein Versäumnis, wenn unter den zusätzlichen Programmen, die entweder schon existieren oder noch zu erwarten sind, nicht auch christliche und vor allem katholische zu finden seien. Inzwischen wurde von einigen Mitgliedern der Publizistischen Kommission des Zentralkomitees der deutschen Katholiken eine Initiative gegründet, die, wie es in einer Erklärung dazu heißt, „die baldige Errichtung eines katholischen Hörfunks mit dem Ziel eines bundesweit auszustrahlenden Vollprogramms“ befürwortet. Die Initiatoren sind der Ansicht, daß mit den Neuen Medien neue Chancen dafür entstünden, „daß Kirche und Katholiken ihre Überzeugungen und Wertvorstellungen, ihre Kultur aus dem Geist des

Christentums, ihr kreatives Potential zur Weltgestaltung und gesellschaftlichen Einflußnahme in das Gespräch unserer Zeit einbringen“ könnten. (Nicht zu verwechseln ist diese Initiative mit einem anderen Projekt der letzten Zeit im kirchlichen Medienbereich: Die Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz unternahm im Herbst 1985 einen ersten Anlauf zur Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel der Koordination privater katholischer Initiativen im Rundfunkbereich.)

Zunächst einmal ist die Tatsache, daß katholische Laien sich zu einer privaten Initiative dieser Art zusammenschließen, begrüßenswert, weil hier nicht einfach wieder einmal nur Forderungen an die Kirche gerichtet werden, sondern man die Absicht zu erkennen gibt, selbst etwas auf die Beine stellen zu wollen (auch wenn dann im letzten Absatz der Erklärung doch wieder von einer erforderlichen Starthilfe durch die Kirche die Rede ist). Auch daß den Initiatoren noch nicht völlig klar zu sein scheint, wie es denn nun genau weitergehen wird, muß nicht gegen die Idee sprechen.

Nun sind in den vergangenen Monaten bereits eine Reihe von Gründen zusammengetragen worden, die gegen solch ein Projekt sprechen, die zumindest sein Gelingen äußerst fraglich erscheinen lassen, angefangen bei den Kosten, über die potentielle Hörserschaft, die Inhalte eines solchen Programmes, die Möglichkeiten der Kirche im bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem bis hin zur Frage, ob es eigentlich einen Katholizismus gibt, der hinter einem solchen Programm stehen und es tragen könnte. Nimmt man diese Überlegungen zusammen, fragt man sich, woher die Initiatoren 15 Jahre nach dem Publik-Debakel und angesichts fortwährender Schwierigkeiten im Umgang mit innerkirchlicher Pluralität bei den kircheneigenen Medien eigentlich den Optimismus nehmen zu sagen, ihre Zielvorstellung sei ein „attraktives, informatives, unterhaltsames, in seiner politischen und geistigen Orientierung unverwechselbares Hörfunkprogramm in katholischer Trägerschaft